

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Einzelhefte in die Postzustellung Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Beilagen. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Trotz der größten Bemühungen...

Die Kommunistische Partei gibt sich seit Wochen die denklichste Mühe und wendet alle Mittel an, um die Arbeitererschaft Deutschlands aus Arbeit und Brot auf die Straße zu bringen. Aber die Kommunistische Partei hat auch schon so viel Leid und Elend über die Arbeiterfamilien gebracht, daß die Arbeiter allmählich süchtig werden und den verderblichen Lockrufen nicht mehr folgen. Es wäre ja auch sonderbar, wenn die Arbeitererschaft nicht endlich einsehen sollte, daß man erstens in einer wirtschaftlich für sie ungünstigen Zeit den Kampf nicht suchen, sondern ihm ausweichen muß bis zu einem günstigeren Zeitpunkt. Zweitens, daß man die Kampffront nicht unnötig verbreitern darf, weil sonst die Munition (die Unterstützungsgelder) vorzeitig angeht und die Reservefenster, die weitere Munition nachzuliefern müssen, während ein Teil kämpft. Die auf Grund solcher Erwägungen und auf Grund der bösen Erfahrungen der Arbeitererschaft mit den Putschversuchen der Kommunistischen Partei auf wirtschaftlich gewerkschaftlichem Gebiet gewonnene Einsicht ist auch die Ursache, daß die geplante diesjährige Frühjahrs-Offensive der Kommunistischen Partei nicht den gewünschten Erfolg hatte. Weil diese negativen Ergebnisse im ganzen Reiche zu verzeichnen sind, jammert die kommunistische Parteipresse zum Steinerweihen. Die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ für Baden z. B. klagt in ihrer Nr. 14 vom 24. März: „Trotz der größten Bemühungen der revolutionären Opposition ist es nicht gelungen, die Chemieverarbeiter der ausfallgebendsten Großbetriebe ganz Deutschlands aktiv in den Kampf zu bringen.“ Aus der Konstatierung dieser Tatsache ergibt sich, daß die Arbeitererschaft mehr Überlegung befaßt als die kommunistischen Führer. Die „Arbeiter-Zeitung“ sagt hierzu: „Aber es muß festgestellt werden, daß die Vorarbeit der revolutionären Opposition in der Chemie völlig ungenügend war.“ Also, ihr kommunistischen Vertrauensleute, ihr habt noch viel zu wenig verstanden und gehandelt. Die „Arbeiter-Zeitung“ fährt dann fort: „Der Chemieverband, der in Ludwigs-hafen den Kampf führt, besteht auch in Leverkusen. Er konnte in Ludwigs-hafen trotz seiner bisherigen zahlenmäßigen Schwäche die Massen führen, weil er durch die Kampfführung im Streik 1922/23 das Vertrauen der Arbeitererschaft erworben hat. In Leverkusen, wo die Arbeitszeitverlängerung schon längst durchgedrückt ist, ist es dem Chemieverband trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, die Massen in den Kampf zu ziehen.“

Wie kommt es denn, daß in Leverkusen das Vertrauen zur Kommunistischen Partei fehlt? In Leverkusen hat sie doch auch schon einige Male ihren Befähigungsanwachs erbracht. Da stimmt doch etwas nicht ganz. Die Sache ist die: In Ludwigs-hafen hat die verhältnismäßig kleine Gruppe von Kommunisten durch schlimmsten Terror und durch Entgegenkommen der Anilinfirma die Stilllegung des Betriebes erreicht. In Leverkusen waren nicht genügend Terroristen vorhanden, deshalb der Fehlschlag.

Wie das Vertrauen der Arbeiter zur kommunistischen Führung erzeugt wird, zeigt ein Schreiben der Kommunistischen Partei, welches lautet:

„Also die lieben Kollegen und Genossen wurden von Arbeitslosen, die niemand kennt, vielleicht von Deutsch-völkischen oder dergl. unter Führung der Kommunistischen Partei lazarisch geprügelt. Und dieser Kaufmann ruft den Verprügelten zu: „Werdet nicht zu — — — Mördern von euren klassenbewußten Brüdern — — —“. Die Arbeiter werden sich für solche „Brüder“ bedanken.“

Will die Arbeitererschaft nicht völlig ihren Einfluß und ihr Mitspracherecht bei der Regelung der Arbeitsbedingungen verlieren, dann muß sie sich von solcher „Führung“ frei machen. Einheit in den freien Gewerkschaften wird zu geeigneter Zeit die Möglichkeit geben, die verlorenen Positionen wieder zurückzuerobieren. Das kann nicht geschehen durch kommunistische Künstelei, sondern einzig durch klares, überlegtes Handeln.“

Kommunistische Solidarität.

Es gibt wohl in allen freien Gewerkschaften Mitglieder, die politisch zur Kommunistischen Partei gehören, weil sie wirklich glauben, die Kommunistische Partei wolle die Interessen der Arbeiter vertreten. Diese Kollegen werden früher oder später ihre Enttäuschung erleben. Jedenfalls haben sie — nach all den Erfahrungen mit der Kommunistischen Partei — einen sehr starken Glauben bekommen, sonst müßten sie längst kuriert sein. Der Kommunistischen Partei kommt es nicht darauf an, der Arbeitererschaft zu helfen, sondern sie in immer größerem Elend zu bringen, sie zur Verzweiflung zu treiben, in der Hoffnung, diese verzweifeltsten Menschen als Werkzeug zu benutzen zu können für den Nachhunger der kommunistischen Hauptlinge. Dieses Streben erklärt jedes sozialistische Empfinden und Handeln, trotzdem sie unausgesetzt schreiben, sie allein seien die wahren Kämpfer. Die Vertreter dieser Kadaverführung, die jede vernünftige Regelung niederknüppeln, sind es auch, die bewußt und mit Absicht die Zerstörung der Gewerkschaften betreiben, um das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen.“

Ein Vertreter der zuletzt erwähnten Richtung hat selber in unserer Ortsgruppe Wächtersbach eine Rolle gespielt. Aber schon bei der ersten ernstlichen Probe auf die Echtheit dieses würdigen kommunistischen Kämpfers erlitt er einen Rückschlag in seinen Indifferenzismus und der nackte Egoist trat in Erscheinung.“

Als auf Grund der Braunschweiger Arbeitszeitverordnung das alte deutsche Unternehmertum seine Hände aus der Vorkriegszeit hergeholt und über die Arbeiter schwang, hat unser Verband in den Nummern 3/4 vom 26. Januar 1924 zu freiwilligen Sammlungen unter der Mitwirkung der Arbeitererschaft ausgerufen, um den kämpfenden Kollegen finanzielle Hilfe leisten zu lassen. Auch die Mitglieberschaft Wächtersbach hat vom Hauptvorstand Sammellisten erhalten. Die Mitglieder im Reich haben gegeben was sie konnten. Unser kommunistischer Held in Wächtersbach hat seine Solidarität mit den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen dadurch bewiesen, daß er die leeren Sammellisten an den Hauptvorstand zurückgeschickte mit Sprüchelein gezeichnet, wie wir sie aus dem kommunistischen Gramophon kennen. Da war zu lesen: 1. Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft, dann sammeln wir; 2. Rücktritt des Hauptvorstandes, dann usw.; 3. Schaffung von Industrieverbänden, dann...; 4. Aufgabe der Kommunistenhege im „Proletarier“, dann...; 5. das sind die 4 ersten Wünsche von den vielen anderen der Ortsverwaltung Wächtersbach.“

Dieser kommunistische Held, der seinen kämpfenden Kollegen die Solidarität verweigert, heißt Dich und ist gegenwärtig wegen Diebstahls im Gefängnis.“

die Preise effektiv um 6 v. S. erhöht. Für Februar wurde der Voranzahlungsrabatt für Deniken weiterhin auf 2 v. S. ermäßigt, und die effektiven Preise für die oben angegebenen drei Sorten stellen sich dadurch wie folgt:

	für 1a gebleicht	bleichfähig	normalfein
	G.-M. 34,50	G.-M. 28,25	G.-M. 26,—
2 v. S. Nachschl. f. Deniken-			
voranzahlung	G.-M. —,89	G.-M. —,56	G.-M. —,52
	G.-M. 33,81	G.-M. 27,69	G.-M. 25,48

Man sieht also, daß der Abbau der Zell...preise nur auf dem Papier steht, und daß in Wirklichkeit überhaupt nicht abgebaut worden ist.“

In diesem Artikel heißt es weiter: „Wir halten es für unbedingt notwendig, daß öffentlich auf die Tatsache hingewiesen wird, daß die Zellstoffpreise auch heute noch ebenso hoch wie im Dezember vorigen Jahres sind, damit die Papierverbraucher nicht zu der irrigen Ansicht kommen, daß auf Grund der neuen Zellstoffpreise ein weiterer Abbau der Papierpreise erfolgen könne.“

In anderer Stelle erklärt der Artikelshreiber: „Wir sehen also, daß die im Dezember 1923 gültig gewesenen Preise in Wirklichkeit nicht abgebaut worden sind, obwohl letztere die Kohlenpreise und die Frachten ermäßigt worden sind und der Hauptkostfaktor der Zellstoffindustrie, das Holz, erhebliche Verbilligung erfahren hat.“

Weiterhin heißt es: „Die Februarpreise sind also noch um volle 50 v. S. höher als die Friedenspreise, und es dürfte der Zellstoffindustrie schwer fallen, den Nachweis dafür zu erbringen, daß diese Preissteigerung berechtigt ist. Wenn früher bei der Selbstkostenberechnung der Grundlag der Wiederbeschaffungspreise maßgebend und berechtigt war, so muß man auch heute, wo Holz ungeführt wieder zu Friedenspreisen erhältlich ist, diesen Grundlag gelten lassen.“

Wie wir durch die eingangs erwähnte Holz im Wochenblatt für Papierfabrikation dargestellt haben, bestehen diese ungerechtfertigten Preise, nach Aufstellung der Papierfabrik, auch für den Monat März noch. Die Frage dürfte deshalb nicht allzu schwer zu beantworten sein, an welcher Stelle eingeseht werden muß, um auch ohne Arbeitszeiterhöhung einen Preisabbau herbeizuführen und welche Unternehmergruppe den Preiswucher langfristig betreibt.“

Angenehm ist die deutsche Zellstoff-Industrie, wenn man den Angaben der Unternehmervertreter vertrauen wollte, so gut wie bankrott; die gemachten Unternehmensgewinne sollen ja nur Scheingewinne gewesen sein. Trotzdem hat die deutsche Zellstoff-Industrie diese Gewinne in Scheinen recht zahlreich angesetzt. Hierüber gibt einen interessanten Aufschluß ein Artikel der „Industrie- und Handelszeitung“ in Nr. 44, Jahrgang 1924. Danach ist der Papierholzeinfuhr im Jahre 1923 gegenüber dem Import des Jahres 1922 um 8,5 Millionen Doppelzentner gestiegen und hat selbst die Höhe des mengenmäßigen Imports des Friedensjahres 1913 ganz wesentlich überstiegen. Die nachstehenden Vergleichszahlen geben den Beweis dafür:

Deutschlands Import von Papierholz in Doppelzentnern:

1923	1922	1913
15 575 370	8 524 683	12 820 830

Die „Industrie- und Handelszeitung“ schließt aus dieser Zunahme des Papierholzeinfuhres im Jahre 1923, daß dadurch die Produktionssteigerung der deutschen Papierindustrie zum Ausbruch komme, da sie im Jahre 1923 eine verhältnismäßig hohe Rohstoffmenge benötigte. Diese Schlussfolgerung dürfte irrig sein. Infolge der Ruhrbesetzung im Jahre 1923 lagen nicht nur die Betriebe im all- und neubefestigten Gebiete vollständig still, sondern auch im allheftigsten Gebiete waren wesentliche Betriebsstörungen zu verzeichnen. Die Arbeitgeber behaupten deshalb auch, daß im Jahre 1923 nur 60 Prozent der Friedensproduktion erreicht wurden. Sind diese Angaben richtig, und sie zu bezweifeln haben wir keine Ursache, dann gibt es nur die Lösung, daß die gewaltige Papierholzeinfuhr von den Zellstoff-Fabrikanten dazu benutzt wurde, um ihre Holzpreise ganz gewaltig aufzuwühlen. Infolgedessen haben die Zellstoff-Fabrikanten auch heute in der Form von Papierholz ungeheure Kapitalien investiert. Mit der fortwährenden Lage der Zellstoff-Fabrikanten kann es deshalb wirklich nicht so weit her sein, wie die Unternehmer in der Öffentlichkeit zu behaupten wagen.“

Diese Vorgänge beweisen aufs neue, daß die von der Arbeitererschaft verlangte Verlängerung der Arbeitszeit nicht in wirtschaftlichen, sondern jedenfalls in politischen Ursachen ihren Ursprung hat. Die Papier- und Zellstoffarbeiter werden deshalb bei den kommenden Reichstagswahlen ihren Ausbeutern den politischen Denkzettel nicht schuldig bleiben.“

Erfolge der Zellbäuer!

Als im vorigen Jahre infolge der Inflation die Löhne der Arbeitererschaft einen Grad erreicht hatten, daß sie für kinderreiche Familien fast nur noch zum Kauf des trockenen Brotes langten, glaubten einige Kollegen der Coswiger Tapetenfabrik die Urzade für die Inflation gefunden zu haben. Bei jeder Gelegenheit erklärten sie der Kollegenschaft, daß der Verstand schuld wäre, die Führer seien desotogen und die Lohnstärkenkommission sei zu feige, den Arbeitnehmern die Wahrheit und ihre Meinung zu sagen. Infolge dieser Agitation ging das wenige Solidaritätsgeld, das ein großer Teil der Belegschaft sparsam nur besaß, zum Teufel. Die Kollegen kehrten dem Verbands den Rücken, und die ehemals gut organisierte Arbeitererschaft der Coswiger Tapetenfabrik wurde organisatorisch zersplittert. Jahrelange Organisationsarbeit wurde in wenigen Monaten zerschmettert. Das war der einzige Erfolg dieser Zellbäuer. Ähnliches kam das Jahr 1924 herauf. Infolge der gegen die Arbeitererschaft gerichteten Notverordnung der bürgerlichen Reichsregierung glaubten die Unternehmer ihre Morgenröte aufzuzeigen zu sehen. Die Tapetenfabrikanten diktierten. Ein Lohnabbau von 15 Prozent war der erste Angriff. An dem Widerstand der Kollegen im Reiche scheiterte dieses Beginnen in den meisten Betrieben. Infolge der Zersplitterung unter der Arbeitererschaft glaubte der Coswiger Unternehmer, seiner Arbeitererschaft den Lohnabbau nicht zu können, wußte er doch nur zu genau, daß die Coswiger Arbeitererschaft im Widerkampf sich zerstreuen, der Lohnabbau kam. Daneben wurde der Arbeitererschaft ein Prämiensystem diktiert, das jeder Beschreibung spottete. Mit Hilfe dieses Prämiensystems wurden von der Arbeitererschaft unzählige Geflügelungen geleistet, und in den Einführungsbestimmungen über die Gewährung...

Aus der Industrie

Papier-Industrie

Wer treibt Preiswucher?

Das Wochenblatt für Papierfabrikation bringt in seiner Nr. 11 vom Jahre 1924 folgende Mitteilung:

„Wie wir hören, hat der Vorstand des Vereins Deutscher Zellstoff-Fabrikanten nach sorgfältigster Kalkulation eine weitere Ermäßigung der Zellstoffpreise für unmöglich erklärt, da die jetzigen Preise die Herstellungskosten nicht decken.“

Nach der Forderung der Unternehmer soll die Ermäßigung der Preise herbeigeführt werden durch die Einführung der 18- und 17-tägigen Arbeitszeit. Auf diesen Leim ist auch das Reichsarbeitsministerium getreten, da es in der Verbindlichkeitsklärung über die Verlängerung der Arbeitszeit ausdrücklich heißt, daß eine solche zur Verbilligung der Preise und zur Ermöglichung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt notwendig sei.“

Wie es in Wirklichkeit mit diesen Preiskalkulationen aussieht, beweist ein Aufschluß in Nr. 15 der „Papierzeitung“ vom Jahre 1924, in dem sich eine Papierfabrik unter der Überschrift „Zum Abbau der Zellstoffpreise“ folgendermaßen gegen die Preisbildung der Zellstoff-Fabrikanten wendet:

„Die Zellstoffabriken haben mit Wirkung vom 1. 2. 1924 an die Preise ermäßigt, und zwar beträgt die Preisermäßigung gegenüber Januar 1924 etwa 8 v. S. Sehen wir uns nun die sogenannten Preisabbaue der Zellstoffabriken etwas näher an, so finden wir, daß im Dezember 1923 folgende Preise in Kraft waren:

	für 1a gebleicht	bleichfähig	normalfein
	G.-M. 37,81	G.-M. 30,55	G.-M. 28,22
10 v. S. Nachschl. f. Deniken-			
voranzahlung	G.-M. 3,78	G.-M. 3,08	G.-M. 2,82
	G.-M. 34,03	G.-M. 27,77	G.-M. 25,40

Je 100 Kilogramm freiesetzender Europäischen. Der Nachschl. von 10 v. S. ist als Kurztischprämie anzusehen, welche die Zellstoffpreise einhalten und auf die bei wertbeständiger Zahlung verzichtet werden konnte. Nachdem durch die vorläufige Einführung der 18- und 17-tägigen Arbeitszeit im Januar 1924 abgeschaltet war, wäre es das richtige gewesen, die Zellstoffpreise im Januar bei wertbeständiger Zahlung um 10 v. S. zu ermäßigen. Statt dessen haben die Zellstoffabriken den Voranzahlungsrabatt für Deniken von 10 v. S. auf 4 v. S. ermäßigt, d. h.

Höchst, den 13. März 1924.
An den Betriebsrat der Lenawerke in Merseburg.

Werte Kollegen, liebe Genossen!
Gestern hatten wir in den Fabrikwerken eine Belegschaftsversammlung einberufen, der eine am Samstag in der „Sonne“ vorangegangen ist, in der ungefähr 4- bis 5000 Mann anwesend waren. In derselben sprach ein ausgeperrter Kollege von Ludwigs-hafen. Als es zur Abstimmung kam, war nach 8 Stunden den Betrieb verlassen will, hob alles einstimmig die Hand in die Höhe. Um 4 Uhr standen wir Erwerbslosen alle vor den Toren der Fabrikwerke und harter der Dinge, die da kommen sollten. Ja, es kamen welche, ungefähr 3- bis 400 Mann, die meisten blieben in den Betrieben, da der derzeitige menschliche Betriebsrat im Verein mit der Direktion Flugblätter aufhängen ließ, daß derjenige, der den Betrieb verläßt, strafflos entlassen ist. In den Betrieben selbst machten diese Kapitalknechte von Betriebs-räten Propaganda, daß niemand den Betrieb verlassen sollte. Als es nun 5 Uhr wurde und diejenigen herauskamen, die 9 Stunden gearbeitet hatten, da gab es Schläge, so daß diese Gelben nicht den Mut hatten und auf die Straße gingen. Viele riefen: „Ja, wir arbeiten keine 9 Stunden mehr, wir lassen uns doch für das Kapital nicht die Knochen kaputt schlagen.“ — Viele sind ja auch krankheitshalber heute nicht in der Lage, zu arbeiten, so sind sie verbannt worden; fünf Mann liegen im Lazarett. — Heute ist Fortsetzung, werde weiterer berichten.
Kollegen! Halte! hoch den Achtstundentag! Die Partei ist: Heran zum Kampf für den Achtstundentag, für die Befreiung der proletarischen Klasse!

Gebt Nachricht, wie es bei euch geht; sonst ich schreibe hin, soll der Achte Stundentag am Montag bei euch eingeführt werden. Kollegen! Verlaßt die Betriebe nach 8 Stunden! Werdet nicht zu Verrätern und Mördern von euren klassenbewußten Brüdern und Schwestern.

Mit Kampfesgruß
W. Schilling, KSK, Höchst a. M., Arbeiterheide 41.
(Stempel)
Vereinigter Kommunistischer Partei, Sektion der 3. Internationalen, Kreis Höchst, Somburg, Uffingen.“

der Prämien heißt es, daß dieselben eine feste Steigerung der Leistungen voraussetzen. In einem weiteren Satze der Einführungsbestimmungen wird der Arbeiterhaft klargestellt, daß diese Prämie weder gefordert noch durch den Arbeitnehmer eingeklagt werden könne.

Der Erfolg dieser Zerschlagung der Arbeiterhaft war also eine weitere Steigerung der Pflichten und eine Verletzung ihrer Rechte. Daneben bezieht sich die Firma die abteilungsweise Stilllegung des Betriebes vor. Wer gegen diese Maßnahmen der Firma protestierte, wurde eingeladen, sich den Betrieb von außen anzusehen. Dem Arbeiter wurden diese Bestimmungen zur Kenntnis gegeben. Ein Mitbestimmungsrecht, wie es das Betriebsrätegesetz vorsieht, wurde dem Arbeiter verweigert.

Stimmfähig ließ sich die Arbeiterhaft diese Maßnahmen der Betriebsleitung gefallen. Selbst den größten Schreihälsen, denen vorher der Verband nichts recht machen konnte, war bei diesem Unternehmer die Luft ausgegangen. Die noch organisierten Kollegen unseres Verbandes drängten den Zahlstellenleiter in Dresden auf Abhilfe, der sich dann auch der Angelegenheit annahm und beim Schlichtungsausschuß die Klage einreichte. Die Firma wurde verurteilt, vom 18. Februar an die alten Lohnsätze wieder in Kraft treten zu lassen.

So sehen die Erfolge der Jellenbaneler aus. Wenn je der Beweis erbracht wurde, wie notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiterhaft ist, so ist er in diesem Falle glänzend gelungen. Möge die Lapeynerbeiterhaft aus den angeführten Vorgängen erkennen, daß der feste Zusammenschluß im Verband der Arbeiterhaft Deutschlands für die Kollegenhaft einfach eine Lebensnotwendigkeit ist. Nur durch die vollkommene Solidarität der Arbeiterhaft können die Anschläge des Unternehmers abgewehrt werden. Daran erwacht aber auch für die Kollegenhaft die Pflicht, jenen auch Kollegen, die immer wieder nachgeben, die gewerkschaftliche Geschlossenheit der Arbeiterhaft zu zerschlagen, in einer derartig kräftigen Art und Weise entgegenzutreten, daß ihnen die Luft zu weiteren gewerkschaftlichen Spaltungsversuchen verwehrt. Ein Lapeynerarbeiter.

Industrie der Steine und Erden

Zeitabstufung in der Ziegel-Industrie.

In Nordwestdeutschland, Bezirk Hamburg, ist ein Bezirkslohnvertrag abgeschlossen, der in der Spitze 50 Pf. pro Stunde vorsieht. Verhandlungen über einen Mantellarif sind im Gange.

Im Bezirk Rheinland-Köln sind ebenfalls die Löhne bezirklich geregelt. Der Lohn beträgt in der Spitze 52 Pf. pro Stunde. Verhandlungen über einen Mantellarif stehen vor dem Abschluß.

In Rheinland-Westfalen-Dortmund ist der Lohn gleichfalls bezirklich geregelt; er beträgt in der Spitze für März 48 Pf. die Stunde.

In der Kreisbauernschaft Chemnitz (Sachsen) ist ein Stundenlohn von 55 Pf. festgelegt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Warzen. In diesem Bezirk unterziehen sich viele Unternehmer, den Arbeitern folgenden Brief zur Unterschrift vorzulegen:

Hiermit verkühre ich, daß ich anderweitig nicht wegen Eigeninteresse verfahren, Befragung, Urkundenfälschung usw. oder Gewalttatigkeiten entfassen oder ausüben werde. Ich bin ausdrücklich anerkennend gemacht worden, daß meine Einstellung auf dem Vorbehalt der Richtigkeit vorstehender Angaben erfolgt und daß meine sonstige Erklärung auf Grund des § 128 der Gewerbeordnung erfolgt, wenn ich meine vorstehenden Angaben bei den weiteren Ermittlungen als nicht richtig erweise. Meine Einstellung ist an eine Kündigung geknüpft. Gleichzeitig erkläre ich auch einverstanden, bis es der Betrieb erfordert, bis zu 10 Stunden täglich (nicht 8 Stunden) zu arbeiten.

Es empfiehlt sich, über alle Unternehmer, die diesen Schriftsatz zur Unterschrift vorlegen, Erkundigungen einzuziehen, ob sie bereits wegen Diebstahls, Betrugs, Urkundenfälschung usw. bestraft sind, bzw. es zu erwarten ist. Man ist allerdings anzunehmen, daß irgend ein Syndikat des obigen niedrigen Preises angeordnet hat in dem Betreiben, nachzuweisen, daß er seinen Lohn wert ist. Insofern werden zeitig hochgehende Unternehmer mit gutem Charakter es wünschenswert sein, ihre Arbeiterhaft mit solchen Gewerkschaften zu kooperieren. In übrigen sei festgesetzt, daß die Arbeiterhaft überall es abzulehnen hat, das Nachwort zu unterschreiben.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Kriegspropaganda.

Der Internationale Gewerkschaftsbund in Hannover hat zur Unterstützung der Kriegspropaganda ein Paket herausgegeben, das nach einer Originalzeichnung von Käthe Schmidt, die "Kriegsbroschüre", hergestellt worden ist.

Kundschau.

Landtagswahl und Volksabstimmung in Bayern

Am 2. April fast. Unsere Mitglieder müssen in ihrem Interesse bei der Landtagswahl...

Arbeitszeit und Reparaturen.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeiterrates hat am 22. Januar 1924 in Genf in einer Tagung zusammen. In zwei Sitzungen wurde besonders die Frage der Reparaturen...

Wahltag über Einkommen betreffend den Achtundtags und die 48-Stunden-Woche erörtert. Der Vertreter der französischen Unternehmer wies darauf hin, daß in Deutschland der Achtundtags aufgegeben wurde, mit der Begründung, es sei eine längere Arbeitszeit erforderlich, um die Reparaturen bezahlen zu können. In Anbetracht dessen, daß in längerer Zeit verantwortliche Männer Deutschlands, darunter auch der Präsident des Reichstages, ausdrücklich Deutschlands Geneigtheit zur Bezahlung der Reparationen bekundet haben, erscheint es dem französischen Unternehmervertreter unangebracht, dem deutschen Volke eine längere Arbeitszeit verbieten zu wollen, wenn sie zur Erfüllung von Verpflichtungen erforderlich ist.

Der deutsche Unternehmervertreter gab die Meinung kund, daß Deutschland zuerst sparen und dann härter arbeiten müsse. Auch stimmte er der Auffassung zu, die Verlängerung der Arbeitszeit bezwecke lediglich die Ermöglichung der Bezahlung von Reparationen. Die deutschen Unternehmer sind davon überzeugt, daß die Arbeitszeitverlängerung nur eine vorübergehende Maßnahme ist, die durch außerordentliche Umstände erforderlich wurde.

Der Vertreter der deutschen Arbeiterhaft betonte, daß die Frage des Achtundtages gegenwärtig den Kernpunkt des sozialen Interesses in Europa bildet. Auch die deutsche Arbeiterhaft hat stets betont, daß die Reparationen bezahlt werden sollen; doch dürfe nicht der Versuch gemacht werden, die ganze Last dieser Zahlungen auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Wenn in Deutschland die Produktion gesteigert werden muß, so gibt es andere Mittel dazu, als die Verlängerung der Arbeitszeit.

Der Vertreter der deutschen Regierung, Doktor Feig, schloß sich der Meinung an, daß zwischen der Arbeitszeitverlängerung und der Notwendigkeit der Reparationszahlung eine enge Beziehung besteht. Deutschland habe bloß ein Mittel, seinen Wiederaufbau und seine Freiheit zu sichern, und dieses eine Mittel ist: angestrengtere Arbeit. Anßer der Arbeitszeitverlängerung gibt es allerdings noch andere Mittel zur Produktionsförderung. Wenn die deutsche Regierung, der Not gehorchend, Mehrarbeit zuläßt, so hat sie doch den Grundgedanken des Achtundtages aufrecht erhalten. Sobald normale Wirtschaftsverhältnisse eingetreten sind, wird auch wieder zur normalen Arbeitsdauer zurückgekehrt werden.

Zur gegebenen Zeit werden wir Unternehmer und Regierung an diese Worte erinnern. Um dies zu können, muß schon bei der Reichstagswahl vorgebehalten werden.

Ein bürgerlicher Vorkämpfer für den Achtundtags.

In einem Bericht, den Louis Pasquet im Namen der Finanzkommission des französischen Senats für das Jahr 1923 unterbreitet hat, tritt der Verfasser für die allgemeine Einführung des Achtundtages ein. Er weist u. a. darauf hin, wie unrationell der lange Arbeitstag mit seinen unpraktischen Arbeitsunterbrechungen sei, und daß die dadurch entstehenden Zeitverluste nach Einführung des Achtundtages verschwinden seien. Was die Produktion anbelangt, so stellt er den Export des Jahres 1913 der um 541 175 Meter tonnen höheren Ausfuhr zur Zeit der achtstündigen Arbeitszeit im Jahre 1922 gegenüber.

Die Sommerzeit.

Spukt wieder in den Köpfen derer, die ihre Wirkung anscheinend nicht aus eigener Erfahrung kennen. Vermutlich ist ihnen die mit Hilfe der Arbeitszeitverordnung der bürgerlichen Marx-Regierung ökonomisierte 12stündige Arbeitszeit noch zu kurz. Die Arbeiter aus den Vororten größerer Städte sollen nicht wie bisher morgens um 4 Uhr, sondern schon nachts um 3 Uhr aufstehen und zur Fron ellen Komat aber für kontinuierliche Betriebe eine Lichtparade überhand nicht in Frage und Lichtstrahlen branden morgens um 6 Uhr kein Licht mehr. Dagegen muß in Hause mäßig Licht verbraucht werden. Die Arbeiterfamilien kommen abends nicht früher zu Bett als früher, aber sie müssen morgens zeitiger heraus und dadurch wird ihre physische Widerstandskraft vollständig zermürbt, weil das während des Krieges noch nicht ganz gelungen ist. Den Unflug mit der Sommerzeit muß man im Interesse der Arbeiterfamilien ablehnen.

Verbandsnachrichten.

Arbeitslosen-Statistik.

Die grünen Berichtsarbeiten müssen bis zum 8. April an den Hauptvorstand eingesandt werden.

Quittung.

Über eingegangene Beiträge zur Abwehr der Unternehmermilitär im Jahre 1924.

- Dem 29. Februar bis 26. März gingen ein:
Bereits quittiert: 26 433,11 Mk.
Lohnzahlung der Angestellten beim Hauptvorstand, 7. und 8. März, je 288,65. Lohnzahlung der Angestellten in Bamberg 17, Ludwigshafen (Ganleinang) 21,84. Walfershausen 11,40. Stuttgart (Ganleinang) 27, —. Kielefeld 30, —. Nieke 22,50. Müllersberg 13,30. Rühlhorst 11, —. Nürnberg (Ganleinang) 60, —. Dresden 178,50. Magdeburg (Ganleinang) 14, —. Bamberg 17, —. Regensburg 40, —. Frankfurt a. M. (Ganleinang) 59,40. Rosenheim 10, —. Köln (Ganleinang) 7, — und 7, —. Belfast 52, —. Danzig 85,65. Bamberg 17, —. Dresden (Ganleinang) 43,58. Dresden (Ganleinang) 52,20. Rühlhorst 11,24. Stuttgart (Ganleinang) 27, —. Althausberg 64, —. Elbing 13,20. München (Ganleinang und Zahlstelle) 39, —.

- Durch Sammelbüren in den Zahlstellen:
Bamberg 20, —. Juchan 12, —. Weimar 107, —. Eberhorn 13, —. Gwinemünde 8,50. Nieke 217,98. Harburg 600, —. Delmenhorst 62,38. Hagenberg 141, —. Götrow 30,84. Meissen 34,50. München 162,74. Eppendorf 17,10. Hildesheim 233,90. Stolp 500, —. Wittenberg 160, —. Hannover 109,22. Oberbruch 60, —. Regensburg 60, —. Kassel 50, —. Glogau 60, —. Roswig 142, —. Heilbronn 129,38. Goslar 34,61. Nürnberg 67,38. Aue 100, —. Halbe 83, —. Müllersberg 49, —. Witten 30,34. Leutenberg 37, —. Frankfurt a. M. 220, —. Unterwalden 5,70. Weichersdorf 23, —. Stolp 300, —. Magdeburg 87,78. Rosenheim 12,68. Danzig 129,20. Kosen 6,80. Ludwigshafen 5,90. Darmstadt 300, —. Waldhof 39,02. Rara 7,55. Rosenheim 2, —. Gromau 13,60. Chemnitz 23,35. Rosenheim 119,67. Kempten 31,40. Celle 79,92. Weidach 21,30. Greiz 11,20. Aachen 9, —. Rastenburg 21,50. Dresden 3,50. Sommerfeld 7,05. Elbing 19,20. Althausberg 97,38. Rostock 176, —. Torms 100, —. Witten 64, —. Breslau 31,60. Augsburg 34,64. Hildesheim 17,25. Braunschweig 4,60. Spiegelberg 20,30. Waldhof 82,24. Ab. Gammert und Zellulosefabrik Roschauer 124,76. Dachs, Papierfabrik Herz-Kalitz 100, —. Gesamt: 33 622,24. E. Köhler, Kassierer.

Literarisches.

Richard Schell, Die Betriebsbeziehung. 68 Seiten. 2,40 Mk. (Verlag der Arbeitergemeinschaft, Berlin W 35.) Das Buch macht den Versuch, Wesen und Aufgaben der Schaltung von Betriebsräten und Funktionären der gewerkschaftlichen Bewegung abzuheben von dem Wesen der Aufgabe der Betriebsräte und der Stellung der Gewerkschaften und Betriebsräte zur gewerkschaftlichen Umwelt. Ausgangspunkt von dem das soziale und wirtschaftliche Leben betreffenden Lehren der Reichsregierung und von dem in diesen Artikeln behandelten Willen zur Wirtschaftsgemeinschaft unterliegt die Arbeit Schaltung und Aufgabe des Betriebsrates in der wirtschaftlichen Ge-

schäft und allen ihren Faktoren. Arbeitnehmerschaft, Unternehmertum, Staatsgewalt, und wiederum ausgehend vom Ergebnis dieser sozialwissenschaftlichen Untersuchung stellt das Buch der Betriebsbeziehung die soziologische Aufgabe. Sie besteht in einer dem Zweck des Betriebes entsprechenden geordneten Sachschaltung und in der Erziehung zur Charakterollen und sozialen Funktionen der Stellungnahme, sowie zum Verantwortungsbewußtsein. Das Ziel ist, Menschenbildung mit sachlicher Unterweisung zu verbinden. Die Einheit findet der Verfasser in jenem Willen der Verfassung, ein Volk zur Gemeinschaftlichkeit an einer Welt zu schaffen, die allen Beteiligten als lebendige Aufgabe bewußt wird, zu vereinigen.

Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Nach der Verordnung vom 30. Oktober 1923 und den Ausführungsbestimmungen hierzu nebst Anlagen. Von Rechtsanwalt Fritz Dick und Regierungsrat Dr. Martin Weigert. Preis gebd. 3 Mk. (Verlag von Reimar Hobbing in Berlin S.W. 61, Großbeerenstraße 17.)

Durch die neue Verordnung ist das Schlichtungsverfahren ganz neu geregelt worden, insbesondere durch die Schaffung von Arbeitsgerichten.

Der vorliegende Kommentar gibt eine Darstellung der grundlegenden Veränderungen und erörtert sodann eingehend und systematisch die Verordnungen unter Hinweis auf die Unterschiede der neuen Regelung gegenüber der früheren. Begebenen sind ferner alle in den betreffenden Verordnungen angeordneten Bestimmungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, des Betriebsrätegesetzes, der Landarbeitsordnung, des Reichsversicherungsgesetzes sowie ein Verzeichnis der Schlichter und Schlichterbezirke.

Ramsay Mac Donald. Vom Fischerdörfchen zum Ministerpräsidenten. Eine kurze Skizze seines Lebens. Preis: kartoniert 1,80 Mk. Zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Julestr. 6. Schon der Untertitel dieser Überschrift deutet an, daß wir es bei Mac Donald mit einer Persönlichkeit zu tun haben, die in ihrem Entwicklungsgang von der Norm weit abweicht. Sein Leben als Kind in der Armut der Fischerhütte, seine Jünglingsjahre, seine wissenschaftlichen und politischen Bildungsgänge, seine politischen Wirken, seine Tätigkeit während des Krieges usw. sehen wir in dem Buche an uns vorüberziehen. Auch das Kabinett Mac Donalds ist einer Würdigung unterzogen. Das interessante Buch ist zweifellos nicht nur ein Blick englischer, sondern auch internationaler Geschichte der Arbeiterbewegung.

Jugendwehe von Jürgen Brand. 24 Seiten, Preis 0,80 Mark. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Table with columns for Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure) for the 3rd Quarter 1923. Includes items like Kassenzustand, Beiträge, and various administrative costs.

Ver Erwerbslosen-Unterstützung:

Table showing support for unemployed workers, categorized by location (a) an Reisende, b) an Arbeitslose, c) an Kranke, and total amounts.

Quittung

Table of receipts and payments for the year 1924, listing various categories like Mahregelung, Unzugsgeld, Sterbegeld, and administrative expenses.

Hannover, den 26. März 1924. Karl Chiemig, Vorsitzender. E. Köhler, 1. Kassierer. H. Kiemeyer, 2. Kassierer. Hans E. G. G. Gammel, 3. Kassierer. Reichforten.